

Zürich

Lockerung birgt einige Knacknüsse

Konzepte gefragt Verschiedene Branchen haben am Mittwoch auf die Medienkonferenz des Bundesrats hingefiebert. Der Zoo hat ein fixfertiges Konzept präsentiert. Andere müssen noch arbeiten.

Patrick Gut

Ab dem 6. Juni wird der Zoo für den Eintritt lediglich seinen Haupteingang öffnen. Der Eingang zur Masoala-Halle und die Nebeneingänge können zum Verlassen des Zoos genutzt werden.

Pro 10 Quadratmeter darf eine Person anwesend sein. Um dies sicherzustellen, verwendet der Zoo ein Zählsystem. Im Eingangsbereich wird die Anzahl der verfügbaren Plätze kommuniziert.

Wer nicht über eine Jahreskarte verfügt, soll sich online Tickets besorgen, um sicher in den Zoo zu gelangen. Die Zahl dieser Billette ist auf 3000 pro Tag beschränkt. In den geöffneten Häusern gilt der Einbahnverkehr, damit sich die Besucher nicht in den Weg kommen. Ein Ampelsystem stellt sicher, dass sich nicht zu viele Personen in einem Tierhaus aufhalten.

Das Zählsystem kommt sowohl beim Haupteingang als auch bei den grösseren Tierhäusern zum Einsatz. Die kleineren Tierhäuser bleiben vorerst geschlossen.

Auf dem ganzen Zoogelände sind Aufsichtspersonen im Einsatz, welche die Einhaltung der Distanz- und Hygieneregeln sicherstellen. In den Gastronomiebetrieben des Zoos und in den Shops gelten separate Schutzkonzepte.

Opernhaus erarbeitet Ersatzspielplan

Das Opernhaus hat das geplante Programm bis zum 12. Juni abgesagt. Die Lockerung für die Theaterlandschaft macht nun den Weg frei für einen Ersatzspielplan im Juni und Juli. Wie dieser genau aussieht, wird das Opernhaus schon bald mitteilen.

Vorhanden ist ein Schutzkonzept der Branche. Kann im Bühnenbau der Abstand nicht eingehalten werden, weil schwere Bauteile bewegt werden müssen, ist der Einsatz auf fünf Minuten zu beschränken. In den Proben ist auf das Küssen zu verzichten, um nur zwei Details zu nennen.

Für das Publikum sollen mehrere Billettkassen und Garderoben zur Verfügung stehen. Bei den WCs werden die Warteberei-



Bald wieder offen: Der Kaeng-Krachan-Elefantenpark im Zürcher Zoo. Die Menschen dürfen ihn allerdings nur im Einbahnverkehr besichtigen, damit sich niemand zu nahe kommt. Archivfoto: Zoo Zürich / Jean-Luc Grossmann

che gekennzeichnet. Wer sein Ticket an der Abendkasse kauft – also nicht über ein Abonnement verfügt oder online gebucht hat –, muss seine Personalien hinterlassen.

Von den Lockerungen profitieren – eher überraschend – auch die Clubs und Discos. Weil die Abstandsvorschriften nicht eingehalten werden können, müssen sie aber die Kontaktdaten der Besucher aufnehmen. Pro Abend sind nicht mehr als

«Auf die Sexarbeiterinnen kommen schwierige Zeiten zu.»

Beatrice Bänninger
Leiterin Isla Victoria,
Fach- und Beratungsstelle
für Sexarbeiterinnen.

300 Eintritte erlaubt. Die Bar- und Clubkommission Zürich will sich erst heute Donnerstag zum Entscheid des Bundesrats äussern.

Ebenfalls wieder erlaubt sind erotische Dienstleistungen, die seit dem 17. März verboten waren. «Es ist richtig und wichtig, dass das Verbot aufgehoben wurde», sagt Beatrice Bänninger, Leiterin von Isla Victoria, der Fach- und Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen.

Man dürfe sich keine Illusionen machen: Frauen hätten aus der Not heraus auch während des Verbots gearbeitet. Allerdings seien sie in dieser Zeit schlechter geschützt gewesen. «Ich weiss von einer Frau, die nach getaner Arbeit von ihrem Freier ausgeraubt wurde», sagt Bänninger. Weil sie sich wegen des geltenden Verbots selber illegal verhalten habe, konnte sie den Angreifer nicht einmal anzeigen. «Wir haben in der Corona-Krise gesehen, welche Gefahren ein generelles Verbot der Prostitution mit sich bringen würde.»

Freier sollen ihre Adresse hinterlassen

Trotz der Lockerung sieht Bänninger schwierige Zeiten auf die Sexarbeiterinnen zukommen. Ihre wirtschaftliche Situation werde sich vermutlich nur schleppend verbessern. Viele Freier würden im Moment wohl eher zurückhaltend eine Prostituierte aufsuchen. Das könne die Not der Frauen noch verstärken.

Und das Zögern der Freier könne sich wiederum auf die Durchsetzung des Sicherheitskonzepts auswirken, sagt sie. Dieses sehe Anpassungen bei Sexpraktiken vor. So müssten die Safer-Sex-Regeln eingehalten, also immer ein Kondom oder je nachdem auch Gummihandschuhe verwendet werden. Die Realität zeige aber, dass diese Regeln auch ohne Corona teilweise schwierig durchzusetzen sind. «Gruppensex ist momentan überhaupt nicht angesagt.»

Das Schutzkonzept sieht auch vor, dass ein Freier seine Kontaktdaten in einem verschlossenen Couvert hinterlassen soll. Dieses könne dann nach vier Wochen vernichtet werden. Und das ausgerechnet in einem Business, in dem die wenigsten Kunden darauf erpicht sein dürften, ihren Namen zu hinterlassen. Laut Bänninger stehen die Freier in der Pflicht. Sie sollen verantwortungsbewusst die Schutzmassnahmen möglichst diskussionslos akzeptieren. Für Bänninger ist aber klar: «Die Sexarbeiterinnen stehen vor grossen Herausforderungen.»

Mario Fehr soll zu wenig getan haben für Corona-Schutz

Anzeige Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) hat eine Strafanzeige am Hals. Er soll die Menschen in den Notunterkünften zu wenig vor einer Corona-Ansteckung geschützt haben. Eingereicht wurde die Anzeige von einer Gruppe abgewiesener Asylsuchender und Vertretern aus dem Asylbereich. Unterstützt wurden sie von den Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz und dem Verein Solidarité sans Frontières. Die Anzeige richtet sich auch gegen zwei Mitarbeiterinnen der Sicherheitsdirektion. Die Oberstaatsanwaltschaft muss nun entscheiden, ob Ermittlungen eingeleitet werden.

Fehr reagierte in einer Mitteilung verärgert. Der Kanton habe in der ganzen Asylinfrastruktur rechtzeitig Massnahmen getroffen. Es gebe in allen Zentren Isolierzimmer. Die Schlafräume seien weniger stark belegt, die Kapazität der Duschen angepasst und der Zugang zu Desinfektionsmitteln sichergestellt worden. Für Risikopersonen sei eine separate Unterkunft eingerichtet worden. Es habe auch eine Station mit Krankenzimmern gegeben.

Fehr ist überzeugt, genug getan zu haben. Bei über 600 Personen innerhalb der kantonalen Asylinfrastruktur sei es gerade mal zu acht Covid-Fällen gekommen. Alle Erkrankten seien wieder gesund. (sda)

Nachrichten

Der Schulraum ist nach wie vor knapp

Stadt Zürich Der Zürcher Stadtrat hat per Schuljahr 2021/22 den Bau von acht weiteren Modularpavillons beschlossen. Sie kosten fast 30 Millionen Franken. Der Stadtrat bewilligte in eigener Kompetenz 3,8 Millionen Franken für einen Pavillon in der Schulanlage Gabler. Weitere Pavillons kann er nicht genehmigen, weil der 2014 vom Volk bewilligte Rahmenkredit von 50 Millionen Franken danach ausgeschöpft ist. Die sieben weiteren Pavillons muss daher der Gemeinderat genehmigen. (sda)

Teurer Brand auf Dachterrasse

Hombrechtikon Am Dienstagmittag ist auf einer Dachterrasse in Hombrechtikon ein Brand ausgebrochen. Verletzt wurde niemand. Der Schaden beträgt mehrere Zehntausend Franken. Wie die Kantonspolizei gestern mitteilte, hatte die Feuerwehr das Feuer rasch unter Kontrolle. Die Bewohner des Mehrfamilienhauses konnten das Haus rechtzeitig verlassen. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. (sda)

Forderung nach Unterstützung

Heime Die Alters- und Pflegeheime im Kanton Zürich sind in der Covid-19-Krise stark gefordert. In einer dringlichen Anfrage im Kantonsrat wird nun eine finanzielle Unterstützung durch den Kanton gefordert. Dahinter stehen SP, EVP, GLP, Grüne, CVP und AL. Der Regierungsrat solle aufzeigen, wie Heime und Gemeinden für Mehrkosten oder fehlende Erträge entschädigt werden können. Als Beispiele werden leere Pflegeplätze sowie Ausgaben für den Kauf von Schutzmaterial und das Einrichten von Besucherzonen genannt. Da die Heime gehalten sind, Covid-19-Erkrankte möglichst selber zu behandeln, wird auch die Frage aufgeworfen, welche Kosten dem Kanton entstanden wären, wenn die Erkrankten an die Spitäler überwiesen worden wären. (sda)

Beurlaubung, kürzere Leine und Ruhestand per sofort

Spitalleitung reagiert Die drei in die Kritik geratenen Spitzenmediziner des Unispitals werden vom Spitalrat mit Sofortmassnahmen belegt.

Der jüngste Fall, der über Medienberichte ans Licht kam, betrifft Francesco Maisano, den Direktor der Herzchirurgie am Universitätsspital Zürich (USZ). Ihm wird vorgeworfen, Implantate von Unternehmen verwendet zu haben, an denen er selber beteiligt ist, und diese Interessenskonflikte nicht transparent gemacht zu haben. Ausserdem soll er Publikationen über den Einsatz neuartiger Implantate geschönt und der Zulassungsbehörde Swissmedic irreführende Angaben gemacht haben. In Fachartikeln habe er zudem verschwiegen, dass eine Patientin während der Operation wiederbelebt werden musste.

Am Dienstag kündigte die Unversität an, die Vorwürfe zu untersuchen. Nun hat der Spitalrat Maisano für drei Wochen beurlaubt, wie das USZ gestern mitteilte. Ihm wird vorgeworfen, Implantate von Unternehmen verwendet zu haben, an denen er selber beteiligt ist, und diese Interessenskonflikte nicht transparent gemacht zu haben. Ausserdem soll er Publikationen über den Einsatz neuartiger Implantate geschönt und der Zulassungsbehörde Swissmedic irreführende Angaben gemacht haben. In Fachartikeln habe er zudem verschwiegen, dass eine Patientin während der Operation wiederbelebt werden musste.

Abgang nach 30 Jahren

Kritik gab es in den vergangenen Wochen auch am Direktor der Klinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, Martin Rücker. Er soll systematisch Patientinnen und Patienten zur Behandlung an seine private Praxis überwiesen haben. Die USZ hat mit ihm nun vereinbart, dass er ab sofort nur noch am USZ Patienten behandeln darf.

Der dritte Mediziner, der unrühmliche Bekanntheit erlangte, ist der Klinikdirektor Gynäkologie, Daniel Fink. Laut Operationsplänen schaffte er es offenbar, bis zu drei Patientinnen gleichzeitig zu operieren. Der Spitalrat kündigte auch hier eine Untersuchung an. Zudem wird Fink das USZ nach über 30 Jahren verlassen, aus gesundheitlichen Gründen, wie das USZ schreibt.

«Ein Systemversagen»

Die Arbeitsmethoden der drei Mediziner riefen auch die Zürcher Politik auf den Plan. SP, Grüne und EVP kritisierten mit deutlichen Worten die Missstände am USZ. «Diese Professoren verletzen

Standesregeln, wissenschaftliche Prinzipien und sogar Gesetze. Sie tun es, um finanziell zu profitieren. Sie tun dies zulasten der Öffentlichkeit, der Krankenkasse, der Steuer- und der Prämienszahlenden», schrieben sie Anfang Woche in einer gemeinsamen Mitteilung.

Die Parteien orten ein «Systemversagen». Keine der vielen Aufsichtsebenen habe den «egoistischen Spitzenmediziner» ernsthaften Widerstand entgegengesetzt. Alle hätten versagt, von der Spitalleitung über den Spitalrat und den Unirat, die Gesundheits- und die Bildungsdirektion bis hin zum Kantonsrat selber. (sda)

ANZEIGE

Eine für alle



Mit einem Abo profitieren Sie und Ihr Verein – jetzt bestellen unter abo.landbote.ch

Der Landbote